

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN UND LESER,** Volkswagen gehört zu Niedersachsen wie Ostfriesland, die Lüneburger Heide oder der Harz. Mehr noch: Volkswagen ist das Rückgrat unserer industriellen Wirtschaft. Neben den Produktionsstandorten gibt es viele Zulieferer in unserem Land. Volkswagen ist mit seinen weltweit 600.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der größte private Arbeitgeber Deutschlands und damit auch Existenzgrundlage für viele Familien in unserem Land.

Das Unternehmen stand auch immer für Zukunftstechnologien und Zuverlässigkeit »made in Niedersachsen«. Viele Millionen Kunden weltweit vertrauen darauf. Wir müssen jetzt zur Kenntnis nehmen, dass dieses Vertrauen durch das Vortäuschen falscher Tatsachen erschüttert und enttäuscht wurde.

Jetzt muss es darum gehen, das verlorene Vertrauen wieder zurückzugewinnen. Dies geht nur über eine schnelle und schonungslose Aufklärung. Die Verantwortlichen im Konzern müssen ausfindig gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Land Niedersachsen hat als Großaktionär immer zu Volkswagen und seinen Marken gestanden. Die Beteiligung des Landes war immer Garant dafür, dass Volkswagen in Niedersachsen stark blieb. Diese Verbundenheit gilt auch in schwierigen Zeiten. Wir stehen zu Volkswagen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Herzlichst



Johanne Modder  
Vorsitzende der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## »ARBEIT DER FEUERWEHREN UNERSETZLICH FÜR DAS LAND«

**FREIWILLIGE FEUERWEHREN** SPD-Feuerwehrexperte Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann zu Millioneninvestitionen in Feuerweherschulen und mehr Lehrgängen  
Von Frank Jungbluth

**D**ie Freiwilligen Feuerwehren in Niedersachsen sind ein Fundament des Gemeinwens im Land, sagt Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann, MdL in der SPD-Landtagsfraktion. »Die SPD geführte Landesregierung wird die Aus- und Weiterbildung der Feuerwehrfrauen und -männer in Niedersachsen ausbauen und stärken«, sagt der SPD-Politiker, der Mitglied des Beirates des Deutschen Feuerwehrverbandes ist.

**TiL: Was plant die SPD-Landtagsfraktion, um die Ausbildungssituation der Freiwilligen Feuerwehrleute in Niedersachsen zu verbessern?**

**Klaus-Peter Bachmann:** Wir haben feststellen müssen, dass die abgewählte Landesregierung bei den Lehrgängen für Freiwillige Feuerwehren jahrelang den steigenden Lehrgangsbedarf nicht erkannt hat. Das hat dazu geführt, dass wir heute, im Jahr 2015, eine Lehrgangsbedarfsdeckung von gerade einmal 50 Prozent erreichen. Das ist natürlich viel zu wenig und muss dringend an den Bedarf angepasst werden. Deshalb hat meine Fraktion im November-Plenum einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem wir den Bedarf kurz- und mittelfristig wieder decken wollen, um den Ausbildungsstand bei den Freiwilligen Feuerwehren auf einem hohen Niveau erhalten zu können.

**TiL: Wie soll das erreicht werden?**

**Bachmann:** Wir haben uns für einen Stufenplan entschieden, weil so eine Bedarfsdeckung nicht von heute auf morgen erreicht werden kann. Das ist ein Anfang. Wir wollen im nächsten Jahr 2016 bereits 60 Prozent Lehrgangsbedarfsdeckung erreichen und dann Schritt für Schritt bis zu einer dauerhaften Deckung des tatsächlichen Bedarfs kommen. Das wollen

wir bis zum Jahr 2018 schaffen. Wir hätten dann voraussichtlich 100 Prozent erreicht. Das ist eine Landesaufgabe, die wir als Sozialdemokraten ernst nehmen, deshalb haben wir uns des Themas angenommen.

**TiL: Die Regierungsfaktionen wollen bei der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz in den nächsten Jahren weiter investieren. Wann können die Feuerwehrleute damit rechnen?**

**Bachmann:** Wir gehen heute davon aus, dass langfristig insgesamt 90 Millionen Euro in die Modernisierung und Erweiterung der Akademiestandorte in Celle und Loy investiert werden müssen. Zuerst soll das Bildungs- und Trainingszentrum am Standort Celle Scheuen bis zum Jahr 2020 für insgesamt 38 Millionen Euro realisiert werden. Das Geld ist im Haushalt der nächsten Jahre eingeplant, so dass wir jetzt an die Planung und Umsetzung gehen können. Im zweiten Schritt wollen wir die Übungsanlagen an der Akademie in Celle modernisieren und erweitern. Zum Beispiel sollen die Kapazitäten erweitert werden, wir brauchen dort eine Übungshalle, ein zweites Brandhaus, eine Tunnelübungsanlage und weitere Anlagen für Ausbildung und Training der Lehrgangsteilnehmer. Dazu ist die Erweiterung des Standortes Loy vorgesehen. Für alles zusammen sind Investitionen von circa 52 Millionen Euro berechnet. Das Geld muss aber noch eingeplant werden. Es gibt Möglichkeiten, die Mittel aus dem Landesanteil am Feuerweherschutzsteueraufkommen zu nehmen. Das ist aber dann ein Thema für die Etatverhandlungen in den nächsten Jahren. Entscheidend ist, dass der politische Wille da ist, deshalb haben wir diesen Antrag ins Plenum eingebracht.

**TiL: Wie stark sind die Freiwilligen Feuerwehren heute in Niedersachsen?**

**Bachmann:** Es gibt glücklicherweise wieder einen Trend nach oben, viele junge Menschen entscheiden sich für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr. Wenn man bedenkt, dass wir in unserem Land heute 415 Freiwillige Feuerwehren mit 3.300 Ortswehren und 125.000 ehrenamtlichen Mitgliedern und Aktiven haben, dann ist zu ermessen, dass die Arbeit dieser Freiwilligen Feuerwehren unersetzlich für Niedersachsen ist. Auch bei der Hilfe für Flüchtlinge spielen unsere Feuerwehren eine wichtige Rolle. Das Einsatzaufkommen steigt ständig, die Anforderungen an die einzelne Feuerwehrfrau und den einzelnen Feuerwehrmann steigen ständig. Die Einsatzbereitschaft ist enorm, die Leistungsfähigkeit groß. Deshalb sind wir in der SPD-Landtagsfraktion einig, dass unsere Feuerwehren die größtmögliche Unterstützung aus der Politik verdient haben. Dem tragen wir Rechnung. ■



In Niedersachsen sind 125.000 Menschen in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv.

# NHG-NOVELLE BRINGT MEHR MITBESTIMMUNG

**HOCHSCHULEN** Koalition verbessert Bedingungen für Beschäftigte und Studierende

Stärkere Personalräte, bessere Arbeitsbedingungen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter und mehr Freiraum für Studierende durch die Reduzierung von Anwesenheitspflichten: Die rot-grüne Regierungskoalition hat einen Änderungsvorschlag zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen vorgelegt.

Ziel der Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG): Verbesserungen für Beschäftigte und Studierende erzielen. Künftig werden die Rechte der Personalräte in der Landeshochschulkonferenz gestärkt. Entsprechend wird eine Ermessensregelung in eine Sollvorschrift umgewandelt. »Wir kommen an dieser Stelle einer Forderung des DGB nach. Damit brechen wir bewusst mit dem Kurs der schwarz-gelben Vorgängerregierung, die die Interessensvertretungen systematisch ausgegrenzt hat«, erklärt dazu die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Silke Lesemann.

**IMPRESSUM**  
Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag  
Verantwortlich: Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen  
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Nicole Biller, Frank Jungbluth, Sebastian Zinke  
Redaktionsschluss: 27. November 2015  
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@tl.niedersachsen.de  
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover, www.spd-fraktion-niedersachsen.de  
Layout & Satz: Anette Gilke, mail@AnetteGilke.de

Anwesenheitspflichten für Studierende soll es in Zukunft nur dann geben, wenn diese zwingend zur Vermittlung des Ausbildungsinhaltes erforderlich sind. Beispiele hierfür sind Sprachkurse, Laborübungen oder Exkursionen. »Hiermit wollen wir den Studierenden endlich wieder die nötigen Freiräume für ein selbstbestimmtes Studium geben. Dass wir nebenbei Bürokratie abbauen, ist ein willkommener Effekt«, merkt Silke Lesemann an.

Besonders erfreut zeigt sich die Landtagsabgeordnete über die Änderungen im Bereich der »Guten Arbeit« für die wissenschaftlichen Mitarbeiter im Mittelbau der Hochschulen. Künftig soll das Hochschulgesetz nicht nur appellativ die Hochschulen zu besseren Beschäftigungsbedingungen auffordern, sondern es sagt auch etwas aus über Mindeststundenzahl, Arbeitsinhalte und Vertragslaufzeiten. Doktorandinnen und Doktoranden erhalten einen gesetzlich festgelegten Mindestanspruch für die Vertiefung eigener wissenschaftlicher Arbeit.

Wir als SPD haben uns als sorgfältige Wahrer ihrer Interessen verstanden und ermöglichen ihnen mehr Beteiligung, bessere Studien- und Arbeitsbedingungen«, betont Silke Lesemann. ■ jun

## AUS DEM PLENUM



## FREIFUNK FÜR ALLE

Die Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis/ Die Grünen haben den Antrag »Freies WLAN in Niedersachsen« zur Ersten Beratung in das vergangene Plenum eingebracht. Im Fokus: Freistellung der Betreiber offener WLAN-Netze von der Störerhaftung, Freifunk als Form bürgerschaftlichen Engagements in Kommunen sowie die Unterstützung von Initiativen beim Auf- und Ausbau, insbesondere Hochschulstandorte und Flüchtlingsunterkünfte. Maximilian Schmidt, netzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und Grünen-Kollege Belit Onay setzen sich dafür ein. ■